



An den Grossen Rat

22.5307.02

GD/P225307

Basel, 28. September 2022

Regierungsratsbeschluss vom 27. September 2022

Interpellation Nr. 74 Raoul I. Furlano betreffend «Umsetzung der Pflegeinitiative»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 22. Juni 2022)

«Der Bundesrat hat am 25. Mai 2022 erste Massnahmen zur Umsetzung der Pflegeinitiative kommuniziert. Schwergewicht soll in einer ersten Phase eine Ausbildungsoffensive sein, um dem Fachkräftemangel begegnen zu können. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen soll in einem weiteren Schritt im Herbst 2022 im Bundesrat diskutiert werden.

Mit Blick auf den akuten Fachkräftemangel einerseits und die demographische Entwicklung andererseits besteht dringender Handlungsbedarf. Zudem gebietet auch die Erwartungshaltung des Pflegepersonals, zeitnah konkrete Angaben über geplante Verbesserungen durch den Kanton, die Spitäler, Pflegeheime und Spitexorganisationen bekannt zu geben.

Der Regierungsrat hat bereits beschlossen, für einen «Corona-Bonus» zugunsten des Gesundheitspersonals einen Nachtragskredit von 5 Mio. Franken dem Grossen Rat zur Genehmigung vorzulegen.

Die verschiedenen Abklärungen und Vorbereitungsarbeiten müssen rasch vorgenommen werden, damit die ersten Interessentinnen und Interessenten zeitnah die Ausbildung, deren Dauer ja definiert ist, beginnen können.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es bereits ein Konzept zur kantonalen Umsetzung der Ausbildungsoffensive im Pflegebereich?
2. Falls ja, kann ein konkreter Zeitpunkt des Umsetzungsbeginns genannt werden?
3. Ist vorgesehen, die Aktivitäten zur Gewinnung zusätzlichen Fachpersonals mit den Nachbarkantonen und/oder mit den Nachbarländern Deutschland und Frankreich gemeinsam zu planen und umzusetzen oder soll dies rein kantonal erfolgen?
4. Gibt es bereits Mengengerüste, die Aufschluss darüber geben, in welcher Institution welche Fachkräfte in welcher Anzahl fehlen, damit gegebenenfalls zusätzliche Ausbildungsplatz-Kapazitäten geschaffen werden können?
5. Reicht die Infrastruktur des Bildungszentrums Gesundheit, der übrigen Ausbildungs-Institutionen und der Ausbildungsbetriebe, um zusätzliche Auszubildende zeitnah aufzunehmen?
6. Gibt es bereits Programme für die Umschulung in einen Pflegeberuf, für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger oder für Hilfskräfte?
7. Ist vorgesehen, aus dem Kreis der Menschen, die Sozialhilfe beziehen und fähig wie willens sind, im ersten Arbeitsmarkt eingesetzt zu werden, mittels Weiterbildungen oder Umschulungen Personal zu gewinnen?

Raoul I. Furlano»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

Dem Regierungsrat ist bewusst, dass die Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative – die Ausbildungsoffensive – möglichst schnell angegangen werden muss. Der Bedarf, mehr Gesundheitsfachpersonen auszubilden, wurde schon länger erkannt und die Ausbildung von Gesundheitsfachpersonen wird seit Jahren gefördert. Gemäss Untersuchungen des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) wurde die Ausbildungstätigkeit im Pflege- und Betreuungsbereich in der Schweiz zwischen 2012 und 2019 bereits stark intensiviert. Auf Tertiärstufe stieg die Zahl der Abschlüsse von rund 1'800 auf knapp 3'000 (plus ca. 70%) an Ausbildungen auf Stufe Höhere Fachschule (HF) und Fachhochschule (FH). Auf Sekundarstufe II war eine Zunahme der Anzahl Abschlüsse von 4'000 im Jahr 2012 auf nahezu 6'200 im Jahr 2019 (plus ca. 55%) zu verzeichnen¹.

Der Regierungsrat hat bezüglich des Mangels an Pflegefachkräften Initiativen auf Bundesebene immer stark unterstützt und im Kanton zahlreiche Massnahmen umgesetzt, welche durch die Pflegeinitiative aufgegriffen werden. Seit Einführung der neuen Pflege- und Spitalfinanzierung ist die Ausbildungstätigkeit kontinuierlich gefördert und von den Institutionen gefordert worden. Es existieren im Kanton Basel-Stadt schon seit langer Zeit Ausbildungsverpflichtungen für Spitäler, Pflegeheime und Spitex Basel im Rahmen der Leistungsvereinbarungen. Als Beispiel stellt der Regierungsrat mit der Ende 2021 erfolgten Genehmigung des Pflegeheim-Rahmenvertrages 2022–2025 den Pflegeheimen für Lohnmassnahmen, Verbesserung des Pflegeschlüssels von qualifiziertem Personal und Förderung der Ausbildung jährlich 5.5 Mio. Franken zusätzlich zur Verfügung.

Im Rahmen der Umsetzung der Pflegeinitiative wird nun auf dieser seit Jahren laufenden Arbeit zur Steigerung der Ausbildungszahlen mit konkreten Förderungsprojekten aufgebaut. Eine grosse Hürde bei der zeitnahen Umsetzung der Ausbildungsoffensive stellt aber der Mangel an Berufsbildungsverantwortlichen in Schulen und Betrieben für die Ausbildung von Pflegefachkräften dar. Geplante und durch den Kanton geförderte Ausbildungsprojekte können so teilweise nicht umgesetzt oder nur mit grösseren Verzögerungen gestartet werden. Hier muss zeitnah angesetzt werden, damit geplante Projekte zur Ausbildungsförderung in der Praxis tatsächlich umsetzbar sind.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Gibt es bereits ein Konzept zur kantonalen Umsetzung der Ausbildungsoffensive im Pflegebereich?*

Die Arbeiten zur Umsetzung der Pflegeinitiative wurden bereits vor einigen Monaten aufgenommen. In diesem Zusammenhang fanden diverse Austauschgespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Gesundheitsdepartements sowie des Erziehungsdepartements statt. Da die Ausbildung von Gesundheitsfachpersonen stark regional verwoben in der Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft erfolgt und auch die Versorgungsplanung im Rahmen der Gemeinsamen Gesundheitsregion (GGR) seit längerem bi-kantonal erfolgt, finden die Arbeiten auf kantonaler Seite mit Vertreterinnen und Vertretern der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft statt. Ebenfalls beteiligt sind die Verbände der Pflegefachberufe, die OdA (Organisation der Arbeitswelt) Gesundheit beider Basel sowie der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (Sektion Basel-Stadt / Basel-Landschaft [SBK BSBL]). Diese sind nahe an der Praxis und bringen den wichtigen Blick der Pflegefachpersonen in die Austausche mit ein.

¹ Obsan Bericht 03/2021, Gesundheitspersonal in der Schweiz – Nationaler Versorgungsbericht 2021 (nachfolgend: Versorgungsbericht 2021); S. 53–54, abrufbar unter: <https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/2021-gesundheitspersonal-der-schweiz-nationaler-versorgungsbericht-2021>

Gemeinsam ist man nun daran, auf kantonaler Ebene – dort wo der Bund zur Umsetzung der Pflegeinitiative (die Ausbildungsoffensive inbegriffen) Vorgaben für die Kantone machen wird – entsprechende Gefässe bereitzustellen, welche eine rasche Realisierung der Anliegen der Initiative ermöglichen. Dazu gehört insbesondere eine Projektorganisation, welche den verschiedenen Anliegen der Initiative und den zu deren Umsetzung jeweils involvierten Stellen gerecht wird.

Parallel dazu laufen heute bereits Projekte im Rahmen der Ausbildungsoffensive und es sind weitere geplant. Die laufenden Projekte wurden zusammengestellt und diese Liste wird laufend aktualisiert und mit Projektideen ergänzt. Ziel ist es, eine Übersicht zu haben, wo bereits investiert und Projekte vorangetrieben wurden und werden. Wo Lücken erkannt werden, gilt es anschliessend, neue Projekte zu lancieren. Auch das soll es ermöglichen, rasch die konkrete Umsetzung der Forderungen der Pflegeinitiative weiter voranzutreiben. Der Fokus der bisher gestarteten und laufenden Projekte liegt auf der Ausbildungsoffensive. Seit Längerem ist in diesem Bereich der Bedarf an Förderung erkannt. Neben den Beispielen aus Leistungsaufträgen des Kantons mit den Spitälern oder der Spitex Basel respektive aus dem Pflegeheimrahmenvertrag, mit welchen die Aus-, Weiter- und Fortbildung in den Institutionen gefördert wird, wird bezüglich der laufenden Projekte auf die Antwort bei Frage 6 verwiesen. Weitere Beispiele sind die durch die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft finanzierte Raumkapazitätserweiterung am Campus Bildung Gesundheit, welche Platz schaffen soll für die Ausbildung der gemäss den Potenzialberechnungen ermittelten Pflegefachpersonen, oder die seit 2004 durch die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt zusätzlich mit der Verdoppelung der Kantonsbeiträge finanzierten überbetrieblichen Kurse in der Grundausbildung der OdA Gesundheit beider Basel. Zudem ist die Teilzeitausbildung Pflege zu erwähnen, welche seit dem Jahr 2013 aufgrund des steigenden Bedarfs an qualifizierten Fachkräften im Gesundheitswesen am Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG), in Kooperation mit dem Erziehungsdepartement Basel-Stadt und der OdA Gesundheit beider Basel, angeboten wird. Auch wird von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft seit dem Jahr 2008 der von den Bundesvorgaben zugeteilte Bereich der «LTT Praxis» (Lernbereich Training und Transfer in der Praxis) vom BZG zur Entlastung der Praxis finanziert, mit dem Ziel, mehr Betriebe zur Ausbildung (Angebot Praktikumsplatz) zu motivieren.

Die Behindertenheime sind ebenfalls von der Fachkräftethematik im Bereich der Pflege betroffen. Entsprechend sollen in diesem Zusammenhang auch allfällige Besonderheiten und Interessen berücksichtigt und im Projekt bearbeitet werden.

2. Falls ja, kann ein konkreter Zeitpunkt des Umsetzungsbeginns genannt werden?

Da bereits seit Längerem laufend an der Umsetzung der Anliegen der Pflegeinitiative – insbesondere der darin enthaltenen Ausbildungsoffensive – gearbeitet wird, kann kein konkreter Zeitpunkt des Umsetzungsbeginns genannt werden.

3. Ist vorgesehen, die Aktivitäten zur Gewinnung zusätzlichen Fachpersonals mit den Nachbarkantonen und/oder mit den Nachbarländern Deutschland und Frankreich gemeinsam zu planen und umzusetzen oder soll dies rein kantonal erfolgen?

Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 erwähnt, ist die bi-kantonale Umsetzung der Pflegeinitiative im Rahmen der GGR mit dem Kanton Basel-Landschaft geplant. Da der Kanton Basel-Stadt schon seit langer Zeit eine grosse Rolle in der regionsübergreifenden Aus- und Weiterbildung von Gesundheitsfachpersonen spielt, wird auch hier wieder eine zentrale Rolle übernommen. Ein kantonsübergreifender Austausch mit weiteren Kantonen erfolgt ausserdem regelmässig über die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren. Hier wird regelmässig aus verschiedenen Kantonen über den Umsetzungsstand der Initiative sowie geplante Projekte in diesem Zusammenhang berichtet.

Auch mit den Nachbarländern Deutschland und Frankreich ist man in regelmässigem Austausch bezüglich des Mangels an Gesundheitsfachpersonen und Gegenmassnahmen hierzu. Da sich die

Situation auch in den beiden Nachbarländern als äusserst schwierig erweist und auch sie mit einem Mangel an Fachpersonen zu kämpfen haben, macht ein Austausch über Projekte zur Gewinnung von neuem Fachpersonal durchaus Sinn. Ein koordiniertes Vorgehen bei der Förderung der Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen ist länderübergreifend aber nur schwer möglich, da die Ausbildungswege nicht harmonisiert sind. Eine gemeinsame Planung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen ist daher nicht möglich. Projekte zur Umsetzung der Pflegeinitiative, welche durch Bundesbeiträge mitfinanziert werden, können ausserdem in vielen Fällen nur von in der Schweiz wohnhaften Personen in Anspruch genommen werden. Eine Beteiligung an Ausbildungsprojekten für Gesundheitsfachpersonen in den Nachbarländern oder die Rekrutierung von interessierten Personen aus diesen Gebieten für Aus- und Weiterbildungen in der Schweiz ist daher in diesem Rahmen nur schwer möglich.

4. *Gibt es bereits Mengengerüste, die Aufschluss darüber geben, in welcher Institution welche Fachkräfte in welcher Anzahl fehlen, damit gegebenenfalls zusätzliche Ausbildungsplatzkapazitäten geschaffen werden können?*

Das Obsan hat in seinem Versorgungsbericht 2021 umfassende Prognosen zum schweizweiten Bedarf an Pflegefachkräften erstellt. Um zu beurteilen, inwieweit die Ausbildungstätigkeit den Bedarf der Gesundheitsinstitutionen deckt, wurde im Versorgungsbericht 2021 der Begriff des Nachwuchsbedarfs definiert: *Nachwuchsbedarf = Mehrbedarf + Ersatzbedarf*.

Der Mehrbedarf wird entsprechend demographischer und epidemiologischer Annahmen in mehreren Szenarien prognostiziert. Der Ersatzbedarf setzt sich aus Pensionierungen und vorzeitigen Berufsaustritten zusammen.

Der Versorgungsbericht 2021 enthält Prognosen zum Bedarf an Pflegekräften bis ins Jahr 2029 bzw. 2035. Diese wurden vom Obsan ebenfalls auf den Kanton Basel-Stadt und die Nordwestschweiz heruntergebrochen. Dabei stellt eine auf den Kanton Basel-Stadt beschränkte Betrachtungsweise jedoch eine unzulängliche Betrachtungsweise dar. Denn in den Gesundheitseinrichtungen werden Patientinnen und Patienten aus allen Kantonen (überwiegend Nordwestschweizerkantone) behandelt. Somit kann im Berufsalltag keine Unterscheidung getroffen werden, ob eine Pflegekraft für eine inner- oder ausserkantonale Person tätig ist. Aus diesem Grund und auch, weil die Ausbildungsstrukturen, wie bereits erwähnt, interkantonal stark verwoben sind, stellt insbesondere die regionale Betrachtung der Nordwestschweiz die relevante Betrachtungsweise dar.

Die Prognose für das demographische Referenzszenario ist in untenstehender Tabelle 1 abgebildet. Betrachtet werden im Folgenden nur die ausbildungsrelevanten Berufe (Tertiär- und Sekundarstufe II). Für den Kanton Basel-Stadt wird ein Mehrbedarf von 362 Pflegefachkräften bis ins Jahr 2029 und von 784 Personen bis ins Jahr 2035 ausgewiesen. Für die gesamte Nordwestschweiz wird ein Mehrbedarf von 5'095 Pflegefachkräften bis ins Jahr 2029 und von 8'965 Personen bis ins Jahr 2035 ausgewiesen.

Tabelle 1: Bedarfsprognose Referenzszenario

		Basel-Stadt						
Demographie: Referenzszenario		Anzahl Beschäftigte			Mehrbedarf			
		2019	2029 P	2035 P	bis 2029		bis 2035	
Tertiär	Total	4'435	4'677	4'893	242	5%	458	10%
Sek. II	Total	2'314	2'386	2'505	72	3%	191	8%
Subtotal Tertiär + Sek. II		6'749	7'063	7'398	314	5%	649	10%
and. / ohne	Total	1'684	1'732	1'819	48	3%	135	8%
Gesamttotal		8'433	8'795	9'217	362	4%	784	9%
		Nordwestschweiz						
		Anzahl Beschäftigte			Mehrbedarf			
		2019	2029 P	2035 P	bis 2029		bis 2035	
Tertiär	Total	12'712	14'867	16'395	2'155	17%	3'683	29%
Sek. II	Total	8'089	9'839	11'244	1'750	22%	3'155	39%
Subtotal Tertiär + Sek. II		20'801	24'706	27'639	3'905	19%	6'838	33%
and. / ohne	Total	5'772	6'962	7'900	1'190	21%	2'128	37%
Gesamttotal		26'573	31'668	35'538	5'095	19%	8'965	34%
							© Obsan 2021	

Quelle: Obsan Bericht 03/2021, Gesundheitspersonal in der Schweiz – Nationaler Versorgungsbericht 2021

Diese Zahlen können weiter auf die einzelnen Institutionstypen – Spitäler, Pflegeheime und Spitex – heruntergebrochen werden, wie in nachfolgender Tabelle 2 abgebildet.

Tabelle 2: Bedarfsprognose Referenzszenario nach Institutionstyp

		Basel-Stadt						
Demographie: Referenzszenario		Anzahl Beschäftigte			Mehrbedarf			
		2019	2029 P	2035 P	bis 2029		bis 2035	
Tertiär	Spitäler	3'530	3'763	3'934	233	7%	404	11%
Sek. II	Spitäler	907	968	1'014	61	7%	107	12%
and. / ohne	Spitäler	538	575	606	37	7%	68	13%
Tertiär	Pflegeheime	562	563	595	1	0%	33	6%
Sek. II	Pflegeheime	1'085	1'088	1'148	3	0%	63	6%
and. / ohne	Pflegeheime	767	769	811	2	0%	44	6%
Tertiär	Spitex	343	351	364	9	2%	21	6%
Sek. II	Spitex	322	331	343	8	3%	21	6%
and. / ohne	Spitex	379	388	402	9	2%	23	6%
Tertiär	Total	4'435	4'677	4'893	242	5%	458	10%
Sek. II	Total	2'314	2'386	2'505	72	3%	191	8%
Subtotal Tertiär + Sek. II		6'749	7'063	7'398	314	5%	649	10%
and. / ohne	Total	1'684	1'732	1'819	48	3%	135	8%
Gesamttotal		8'433	8'795	9'217	362	4%	784	9%
		Nordwestschweiz						
		Anzahl Beschäftigte			Mehrbedarf			
		2019	2029 P	2035 P	bis 2029		bis 2035	
Tertiär	Spitäler	8'616	9'766	10'485	1'150	13%	1'869	22%
Sek. II	Spitäler	2'460	2'816	3'039	356	14%	579	24%
and. / ohne	Spitäler	1'855	2'153	2'340	298	16%	485	26%
Tertiär	Pflegeheime	2'466	3'140	3'745	674	27%	1'279	52%
Sek. II	Pflegeheime	4'278	5'407	6'424	1'129	26%	2'146	50%
and. / ohne	Pflegeheime	2'794	3'504	4'139	710	25%	1'345	48%
Tertiär	Spitex	1'630	1'961	2'166	330	20%	536	33%
Sek. II	Spitex	1'351	1'615	1'780	264	20%	429	32%
and. / ohne	Spitex	1'123	1'306	1'421	183	16%	298	27%
Tertiär	Total	12'712	14'867	16'395	2'155	17%	3'683	29%
Sek. II	Total	8'089	9'839	11'244	1'750	22%	3'155	39%
Subtotal Tertiär + Sek. II		20'801	24'706	27'639	3'905	19%	6'838	33%
and. / ohne	Total	5'772	6'962	7'900	1'190	21%	2'128	37%
Gesamttotal		26'573	31'668	35'538	5'095	19%	8'965	34%
© Obsan 2021								

Quelle: Obsan Bericht 03/2021, Gesundheitspersonal in der Schweiz – Nationaler Versorgungsbericht 2021

Auf die einzelnen Institutionen heruntergebrochene Zahlen liegen nicht vor. Aufgrund schwankender Auslastungen der einzelnen Institutionen sowie der unsicheren demografischen Entwicklung (z.B. Anteil an gesundem vs. pflegebedürftigem Altern der Bevölkerung) ist das Erstellen einer Prognose für die Entwicklung des Personalbedarfs auf Institutionsebene nicht möglich bzw. nicht reliabel berechenbar. Projekte zum Ausbau von Ausbildungsplatzkapazitäten werden ausserdem mehrheitlich kantonal bzw. bi-kantonal und nicht institutionsspezifisch gefördert, daher sind diese Daten relevanter und aussagekräftiger.

5. *Reicht die Infrastruktur des Bildungszentrums Gesundheit, der übrigen Ausbildungs-Institutionen und der Ausbildungsbetriebe, um zusätzliche Auszubildende zeitnah aufzunehmen?*

Damit im Gesundheitswesen auch künftig ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, hat die Berechnung und Steuerung von Ausbildungsplätzen der nicht-universitären Gesundheitsberufe an zentraler Bedeutung gewonnen. Dafür haben die regionalen Verbände der

Gesundheitsbetriebe Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Verband Nordwestschweizer Spitäler, Curaviva, Spitex) in Zusammenarbeit mit der OdA Gesundheit beider Basel eine Ausbildungspotentialberechnung durchgeführt. Auf der Grundlage der Berechnungen wurden Raumbedarf und Kapazitäten aller Bildungsangebote neu prognostiziert und mit Hilfe der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft die infrastrukturellen Bedingungen neu geplant.

Mit der Sanierung des Spenglerparks in Münchenstein wird die Bereitstellung zusätzlicher Raumkapazitäten für den zukünftigen Ausbildungsbedarf an einem Standort ermöglicht. Der Standort Spenglerpark Münchenstein zeichnet sich durch eine gute zentrale Lage mit umfassender Infrastruktur und einer hervorragenden Verkehrsanbindung (öffentlicher Verkehr und Individualverkehr) aus. Zudem wird die Zusammenarbeit der Berufsfachschule Gesundheit Baselland, des Bildungszentrums Gesundheit Basel-Stadt – mit der Berner Fachhochschule (BFH) – sowie der OdA Gesundheit beider Basel (ÜK Bildungszentrum) durch die neue infrastrukturelle Konzeption optimiert.

Ein erklärtes Ziel der langjährigen Partnerschaft ist, den gemeinsamen Auf- und Ausbau eines «Campus Bildung Gesundheit» weiter zu verfolgen und mögliche weitere Synergien zu nutzen. An diesem zentralen Standort kann dieses Ziel erreicht und langfristig sichergestellt werden, so dass die fortwährend steigenden Anforderungen an den Ausbildungsraum und die Ausbildungsangebote langfristig erfüllt werden können.

Aktuell sind alle Gesundheitsschulen Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Klybeckareal in Basel in einem Provisorium untergebracht. Ab August 2023 können die neuen Räumlichkeiten im Spenglerpark Münchenstein genutzt werden.

Neben der Sicherstellung der räumlichen Ressourcen benötigt es im Hinblick auf die geplante Steigerung der Ausbildungszahlen auch zusätzliches pädagogisches Personal. Der Mangel an Lehrpersonen in den Schulen sowie von Berufsbildenden in den Ausbildungsbetrieben besteht heute schon. Es gibt einen grossen Bedarf zur Förderung von pädagogischen Laufbahnen im Rahmen der Gesundheitsausbildungen, ausgerichtet auf den Bedarf an zukünftigen pädagogischen Fachkräften. Die Umsetzung der Pflegeinitiative beinhaltet auch eine Ausbildungsoffensive. Die Massnahmen müssten sich zwingend auf alle Bildungsstufen ausrichten (Grundbildungen und höhere Berufsbildung). Die Tatsache, dass heute über 65% der Studierenden mit einer Vorbildung Fachfrau/-mann Gesundheit die Diplomausbildung absolvieren, zeigt die Bedeutung des durchlässigen Bildungssystems auf.

6. Gibt es bereits Programme für die Umschulung in einen Pflegeberuf, für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger oder für Hilfskräfte?

Programme zur Förderung von Wiedereinstiegen sowie Quereinstiegen in die Pflegeberufe laufen in einigen Institutionen bereits seit Längerem. Ein solches Programm ist zum Beispiel der Wiedereinstiegskurs Pflege, welcher das St. Claraspital anbietet. Dieser Wiedereinstiegskurs richtet sich an Pflegefachpersonen mit einem Pflegediplom (AKP, KWS, PsyKP, DNII, HF), welche nach längerer Berufspause wieder in den Beruf einsteigen möchten. Ab dem Jahr 2023 werden diese Kurse im Rahmen der Umsetzung der Pflegeinitiative für Teilnehmende mit Wohnsitz in der Schweiz durch Kantons- und Bundesbeiträge gefördert. Weitere Programme, spezifisch an Quer- und Wiedereinsteigerinnen und -einsteiger gerichtet, sollen in weiteren Institutionen hinzukommen.

Im Langzeitpflegebereich wurde schweizweit der Bedarf auch bereits erkannt und durch die Branchenorganisationen ARTISET, Spitex Schweiz und OdASanté eine Kampagne für die (Neu-) Gewinnung solcher Personen für den Pflegeberuf gestartet².

² siehe <https://langzeit-pflege.ch/quereinstieg>

7. *Ist vorgesehen, aus dem Kreis der Menschen, die Sozialhilfe beziehen und fähig wie willens sind, im ersten Arbeitsmarkt eingesetzt zu werden, mittels Weiterbildungen oder Umschulungen Personal zu gewinnen?*

Die Sozialhilfe nutzt alle Möglichkeiten, um Personen mit entsprechender beruflicher Eignung und mit dem notwendigen Potential in Pflegeberufe zu integrieren. Dazu gehören die Kurse «Pflegehelfer/in SRK» und «Hauswirtschaft und Betreuung SRK» sowie die Ausbildungen Fachfrau/-mann Gesundheit EFZ und Diplomierte Pflegefachfrau/-mann. Diese Angebote werden praktisch unabhängig des Alters der Klientinnen und Klienten ermöglicht.

Bei Bedarf werden vorgängig allgemeine und fachspezifische Deutschkurse sowie andere stabilisierende und qualifizierende Massnahmen oder Praktika von 4 – 6 Monaten finanziert. Weiter unterstützt die Sozialhilfe Klientinnen und Klienten mit ausländischen Diplomen bei der Anerkennung dieser Diplome, was unter Umständen den direkten Stellenantritt oder zumindest eine verkürzte Lehre/Ausbildung ermöglicht.

Aktuell gibt es genügend Ausbildungsmöglichkeiten auf allen Stufen für alle Personen in der Sozialhilfe, die das Potential mitbringen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin